

K 010 DGB-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Erledigt durch Antrag S 001

Frauenvertretung im DGB sicherstellen

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB ist als Dach-Organisation der Einzelgewerkschaften weiterhin unerlässlich. Seine gesellschaftspolitisch wichtigste Aufgabe ist die Bündelung der Einzelinteressen und die Vertretung der gemeinsamen Interessen der Mitgliedsgewerkschaften. Er tritt so auch als Dienstleister für die Einzelgewerkschaften auf und muss die Interessen aller Gewerkschaftsmitglieder, auch die der Frauen, in seine Struktur und Politik integrieren.

Zur Reform des DGB beschließt der DGB-Bundeskongress, folgende Ziele und strukturellen Regelungen in die neue Satzung zu integrieren, um die Rechte und die Beteiligung von Frauen und Männern gleichberechtigt zu verankern:

Die anstehende Reform des DGB ist so in der neuen Satzung umzusetzen, dass weiterhin eine demokratisch legitimierte Dach-Organisation unterhalten wird, in die die Belange der Einzelgewerkschaften mit Willensbildungsprozessen einfließen können. Das bedeutet, dass der DGB auch die Interessen der Frauen vertritt und integrativ umsetzt.

Die neue Satzung spiegelt wieder, welche Aufgaben der DGB bundesweit und auf den Ebenen zu erfüllen hat. Daran sind Strukturen und Ressourcen auszurichten. Die Interessen der Frauen werden dabei integrativ eingearbeitet. Der DGB als Zusammenschluss seiner Mitglieds-Gewerkschaften spiegelt die Organisationsstruktur der Mitgliedsorganisationen wieder. Dazu gehören die Frauen im DGB, die mindestens entsprechend ihres Anteils im DGB auf allen DGB-Ebenen in Organen und Delegationen, Gremien und Funktionen vertreten sein müssen. Entscheidend ist die anteilsgerechte Verteilung von Frauen und Männern im jeweiligen Gremium. Die Mitgliedsgewerkschaften tragen zur Erreichung dieses Ziels bei, indem sie Entsendungen in den DGB ihren eigenen Vorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils entsprechend vornehmen.

Die Satzung ist in ihren Vorgaben für die Vertretungsstrukturen der Ebenen dahingehend offen anzulegen, dass die Besetzung von Frauen in Organen und Delegationen, Gremien und Funktionen mit Frauen auch umgesetzt werden kann. (Bsp.: Eine Festlegung auf die Ebenen-Vertretung durch den/die Bezirksvorsitzende/n würde derzeit zu Vorständen führen, wo in der Regel nur Männer vertreten sind. Folglich muss vorgesehen sein, dass auch eine stellvertretende Bezirksvorsitzende für die Vertretung benannt werden kann).

Die Repräsentantinnen und Repräsentanten des DGB auf allen Ebenen werden in demokratischen Wahlen von Konferenzen gewählt (siehe Eckpunktepapier Absatz 2). Um dabei den Frauenanteil entsprechend der Satzung zu gewährleisten, sind verbindliche Regularien für die Wahlen vorzusehen.

Der DGB spiegelt durch seine Mitgliederstruktur die Struktur unserer Wirtschaft wieder, in der Frauen noch nicht gleichgestellt sind. Um auf allen DGB-Ebenen Gleichstellung vorzubringen, brauchen Frauen nach wie vor Raum zur eigenen Willensbildung und deshalb auch in Zukunft Frauen-Strukturen.

Um die Interessen der Frauen in Gremien und Vorständen der DGB-Ebenen einzubringen, ist eine aus den Frauen-Gremien entsandte Frauen-Vertretung in der Satzung zu verankern. Solange die Quotierung nicht erfüllt ist, hat die Frauenvertreterin ein Stimmrecht. Ist die Quotierung erfüllt, nimmt sie mit beratender Stimme teil.

Die Willensbildung der Frauen konkretisiert sich wesentlich in den Beschlüssen der Frauenkonferenzen. Um diese in die Politik der Gesamtorganisation einzubringen, erhalten die Konferenzen der Frauen Antragsrechte: Die Frauenkonferenz einer Ebene an die Frauenkonferenz der nächst höheren Ebene und an die Organe, Gremien und Vorstände derselben Ebene; die Bundesfrauenkonferenz an den DGB-Bundeskongress und den Bundesvorstand.

Die Willensbildung der Frauen fließt in die regelmäßige Willensbildung und allgemeine Politik von Organen, Gremien und Vorständen ein. Die Vorstände sind verpflichtet, dies in ihrer üblichen Geschäftsführung nach Gender-Mainstreaming-Grundsätzen anhand eines konkreten Maßnahmenplanes mit umzusetzen.

Die Integration von Fraueninteressen in die Politik der Gesamtorganisation erfordert, dass die Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in der Satzung verankert bleiben. Frauen- und Gleichstellungspolitik und Gender-Mainstreaming werden als satzungsgemäße Aufgabe des DGB weiterhin verfolgt. Dazu gehört jeweils ein eigenes Budget.